

Kleinere Klassen, Englisch ab Einschulung und neue Stadtteilschulen

Das Schuljahr beginnt morgen trotz Scheiterns der Primarschule mit vielen Neuerungen – Weiter Streit über Starterschulen – SPD kritisiert Senatorin Goetsch

Von Insa Gall

Wenn für 221 100 Schüler morgen das neue Schuljahr beginnt, erwarten sie an den 363 staatlichen Schulen der Hansestadt zahlreiche Neuerungen. „Es gibt eine ganze Reihe wichtiger Verbesserungen“, sagte Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL) gestern bei der Vorstellung. Diese Schritte zu einem leistungsfähigeren und gerechteren Schulsystem blieben auch ohne die Einführung der Primarschule wichtig und sinnvoll. Dazu zählen die versprochenen kleineren Klassen an Grundschulen, der flächendeckende Englischunterricht von der ersten Klasse an, der Start der 51 neuen Stadtteilschulen und die Abschaffung von Klassenwiederholungen zugunsten individueller Förderung.

15 neue Ganztagsgrundschulen werden eingerichtet, das Büchergeld fällt weg. Von diesem Schuljahr an haben zudem behinderte Kinder nach der UN-Konvention das Recht, an Regelschulen unterrichtet zu werden. 746 Schüler werden in den ersten und fünften Klassen integrativ beschult, dafür gibt es zusätzlich 71 Lehrerstellen und 79 neue Integrationsstandorte. Die Vorschulen haben 14,1 Prozent mehr Anmeldungen als im Vorjahr und werden immer beliebter.

Im Streit um die 23 Starterschulen, an denen von Montag an 864 Fünftklässler unterrichtet werden sollen, zeichnet sich indes keine Annäherung ab. Nach dem Willen der Behörde werden sie ihre Arbeit wie vor dem Volksentscheid geplant aufnehmen, die Behördenjuristen berufen sich auf den Vertrauensschutz für die Eltern. Die Volks-

initiative „Wir wollen lernen“ sieht hingegen keine rechtliche Grundlage für die Starterschulen und erwägt Verfassungsklage.

Eine Absetzbewegung der Eltern von den Starterschulen ist bisher nicht zu beobachten. Die Behörde hat gestern einen Brief an alle Betroffenen geschickt. Darin betont sie den Vertrauensschutz und informiert zugleich über die Möglichkeit, ihr Kind auch kurzfristig an einer weiterführenden Schule anzumelden. Bei den Leitern der Starterschulen, die gestern mit Goetsch zusammenkamen, gingen bislang erst fünf „unspezifische“ Anfragen ein, die sich nach den Wechselmöglichkeiten erkundigten. Ein Kind wurde umgemeldet. Die Starterschulen müssten selbst entscheiden, ob sie einen längerfristigen Schulversuch beantragten, erklärte Goetsch. Sie müssten sich fragen, „ob sie sich auf einen Weg machen wollen, der bildungspolitisch in den nächsten Jahren keine Perspektive haben wird“.

Für die Schüler der anderen Schulen heißt es: „Alles startet wie geplant“, bekräftigte die Senatorin. Das betrifft besonders die Grundschulen, die zu größeren Primarschulstandorten fusioniert sind. Hier sollen die Schulkonferenzen zu Empfehlungen kommen, ob die Fusion rückgängig gemacht wird, die dann bis Dezember in den neuen Schulentwicklungsplan einfließen. Mit dessen praktischer Umsetzung ist

aber erst in einem Jahr zu rechnen. Senatorin Goetsch mag „keine Umzugsorgien im laufenden Schuljahr“ empfehlen. Und ihr Schulamtsleiter Rosenboom wünscht sich „als Praktiker, dass wir im ersten Halbjahr alle erforderlichen gesetzlichen Regelungen schaffen, das zweite Halbjahr dann für eine sorgfältige Vorbereitung nutzen und die neuen Standorte dann zum August 2011 umsetzen“.

Schulen, die in den Jahrgängen eins und vier eine horizontale Teilung vorgesehen haben, können diese im Einvernehmen mit den Eltern wieder rückgängig machen.

Heftige Kritik kam von der SPD. „Nach dem Volksentscheid verpasst der Senat die Chance, wieder Ruhe und Besonnenheit in die Schulpolitik zu bekommen“, beklagte ihr Bildungsexperte Ties Rabe. Bei den Streitpunkten Starterschulen und Fusionsschulen wolle die Behörde offenbar mit dem Kopf durch die Wand. „So geht sie die Gefahr ein, dass neues Misstrauen und neuer Widerspruch entstehen. Das macht es schwieriger, das wichtige Ziel Schulfrieden zu erreichen“, so Rabe. Dieses dürfe die Politik aber nicht aufgeben. Nach dem Dissens über die Starterschulen verhalte sich die Behörde auch mit Blick auf die Fusionsschulen nicht wirklich klug. „Es ist nicht nachvollziehbar, dass Schulen jetzt mit der Ansage fusionieren sollen, sie könnten sich im Laufe des Jahres auch wieder trennen.“ Jetzt räche sich, dass die Behörde keinen „Plan B“ für den Fall des Scheiterns beim Volksentscheid entwickelt habe.